

[C - 96/33111]

D. 97 - 26

**27. SEPTEMBER 1995 — Erlaß der Regierung bezüglich des Anrechts auf Studienbeihilfen und ihres Betrages**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993 und 30. Dezember 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, insbesondere der Artikel 1 und 18;

Aufgrund des am 5. Juli 1995 abgegebenen Gutachtens des Rates für Studienbeihilfen;

Aufgrund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 17. August 1995;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der dringenden Notwendigkeit, zu Beginn des Schuljahres die Ausführungsmodalitäten zur Gewährung der Studienbeihilfen schnellstmöglich festzulegen;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften, und nach Beratung der Regierung vom 27. September 1995,

Beschließt:

**Artikel 1 -** Für die Anwendung des vorerwähnten Dekretes vom 26. Juni 1986 gilt, daß jedes Studienjahr im Sekundar- oder im Hochschulunterricht unter dem Niveau des darauffolgenden Studienjahres desselben Unterrichtszyklus liegt.

Der Universitätsunterricht und der Hochschulunterricht mit langer Studiendauer haben ein höheres Niveau als die anderen Formen des Hochschulunterrichts.

Ein Spezialisierungsstudium oder -jahr gilt im Sinne des Dekretes nicht als ein Studium oder Studienjahr eines höheren Niveaus als das bereits vorher abgeschlossene Universitäts- und Hochschulstudium.

**Art. 2 - § 1.** Das global besteuerebare Haushaltseinkommen des Schülers oder Studenten, unter Einbeziehung seines getrennt steuerbaren Einkommens, und das entsprechende Einkommen der Person(en), die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkomm(t)en oder diesen gewährleiste(t)n, dürfen die in § 2 angegebenen Höchstbeträge nicht übersteigen.

Im Falle des Todes der Person, die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkommt oder diese gewährleistet, wird die eventuelle Auszahlung des Kapitals einer Lebensversicherung bei der Berechnung des getrennt steuerbaren Einkommens dieser Person nicht in Betracht gezogen.

**§ 2.** Für den Sekundarunterricht, einschließlich des ergänzenden beruflichen Sekundarunterrichts, gelten folgende Höchstsätze:

- 294.200 F, wenn der Schüler allein für seinen Unterhalt aufkommt;
- 504.300 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, eine Person steuerlich zu Lasten hat;
- 672.400 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, zwei Personen steuerlich zu Lasten hat;
- 830.000 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, drei Personen steuerlich zu Lasten hat;
- 977.100 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, vier Personen steuerlich zu Lasten hat.

Dieser Betrag wird um 136.600 F für jede zusätzliche Person, die steuerlich zu Lasten ist, erhöht.

Für den Universitäts- und Hochschulunterricht gelten folgende Höchstsätze:

- 343.000 F, wenn der Student allein für seinen Unterhalt aufkommt;
- 557.400 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, eine Person steuerlich zu Lasten hat;
- 728.800 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, zwei Personen steuerlich zu Lasten hat;
- 889.600 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, drei Personen steuerlich zu Lasten hat;
- 1.039.500 F, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, vier Personen steuerlich zu Lasten hat.

Dieser Betrag wird um 139.400 F für jede zusätzliche Person, die steuerlich zu Lasten ist, erhöht.

**§ 3.** Außer in den Fällen, die in den nachstehenden Artikeln 5 und 6 vorgesehen sind, entspricht das in Artikel 2, § 2, des vorliegenden Erlasses angegebene Einkommen demjenigen des vorletzten Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres vorausgeht. Falls dieses Einkommen vor Ablauf der Frist zur Einreichung des Antrages nicht bekannt ist, so gilt das Einkommen des vorvorletzten Kalenderjahres.

**Art. 3 -** Studieren mehrere Mitglieder einer Familie an einer Hochschule oder Universität, so zählt jeder Studierende für zwei Personen mit Ausnahme des Antragstellers.

**Art. 4 - § 1.** Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 5 und 6 dieses Erlasses entspricht der Jahresbetrag der Studienbeihilfen für einen Schüler des Sekundarunterrichts oder für einen Studenten des Universitäts- bzw. Hochschulunterrichts dem Ergebnis einer Multiplikation, deren Multiplikand eine Pauschale ist, die in Artikel 4, § 6, in Franken ausgedrückt wird, und deren Multiplikator eine Punktezahl ist. Dieses Ergebnis wird für den Sekundarunterricht nach oben auf fünfzig aufgerundet, für den Hochschul- und Universitätsunterricht nach unten auf das Hundert abgerundet.

**§ 2.** Die Punktezahl läßt sich aus den Tabellen der nachstehenden Paragraphen 4 und 5 ablesen und hängt von folgenden Parametern ab:

1. von den Einkommensklassen der in Artikel 2, § 2, angesprochenen Personen, wobei die Einteilungen und Höchstgrenzen unter Berücksichtigung der in Artikel 2 und 3 steuerlich zu Lasten geltenden Personen in der Tabelle des nachfolgenden § 3 abzulesen sind;

2. von der Wohnsitzsituation des Schülers oder Studenten;

3. von der Tatsache, ob der Student Familien- oder Waisenzulagen erhält oder nicht.

§ 3. Es gibt fünf Einkommensklassen, die von I bis V nummeriert sind:

1. Für den Sekundarunterricht, einschließlich des ergänzenden beruflichen Sekundarunterrichts:

Jahreseinkommen

Personen zu Lasten	I	II	III	IV	V
0	294.200,-	235.360,-	176.520,-	117.680,-	58.840,-
1	504.300,-	403.440,-	302.580,-	201.720,-	100.860,-
2	672.400,-	537.920,-	403.440,-	268.960,-	134.480,-
3	830.000,-	664.000,-	498.000,-	332.000,-	166.000,-
4	977.100,-	781.680,-	586.260,-	390.840,-	195.420,-
5 und mehr	+136.600,-	+109.280,-	+81.960,-	+54.640,-	+27.320,-

2. Für den Universitäts- und Hochschulunterricht :

Jahreseinkommen

Personen zu Lasten	I	II	III	IV	V
0	343.000,-	274.400,-	205.800,-	137.200,-	68.600,-
1	557.400,-	445.920,-	334.440,-	222.960,-	111.480,-
2	728.800,-	583.040,-	437.280,-	291.520,-	145.760,-
3	889.600,-	709.280,-	531.960,-	354.640,-	177.320,-
4	1.039.500,-	831.600,-	623.700,-	415.800,-	207.900,-
5 und mehr	+139.400,-	+111.520,-	+83.640,-	+55.760,-	+27.880,-

§ 4. Für den Sekundarunterricht bezeichnet der Buchstabe A den Schüler, der nicht im Internat wohnt, der Buchstabe B den Schüler, der im Internat wohnt oder für ein Zimmer Miete zahlt, der Buchstabe D den Vollwaisen, der steuermäßig keiner Person zu Lasten fällt.

Kategorie. — Punktezahl

	I	II	III	IV	V
A	5	7	9	10	12
B	15	21	27	30	36
D	60				

§ 5. In der nachfolgenden Punktetabelle für den Universitäts- und Hochschulunterricht haben die Großbuchstaben folgende Bedeutung :

Der Buchstabe A bezeichnet den Studenten, der seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat, in der sich die besuchte Universität oder Hochschule befindet, oder in einer Gemeinde, die höchstens 10 Km davon entfernt ist.

Der Buchstabe B bezeichnet den Studenten, der sich nicht in dem unter A angegebenen Fall befindet und der täglich die Unterrichtsanstalt anfährt.

Der Buchstabe C bezeichnet den Studenten, der in einem Internat, in einem Studentenwohnheim oder in einer Mietwohnung lebt und Miete zahlt.

Der Buchstabe F betrifft den Studenten, der eine Familien- oder Waisenzulage erhält; der Buchstabe K betrifft denjenigen, der diese Zulage nicht erhält.

Der Buchstabe D bezeichnet den Vollwaisen, der steuermäßig keiner Person zu Lasten fällt.

Kategorie. — Punktezahl

		I	II	III	IV	V
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 6. Der Pauschalbetrag wird je nach Unterrichtsstufe wie folgt festgelegt:	
Sekundarunterricht - Unterstufe .....	415,- F
Sekundarunterricht - Oberstufe .....	769,- F
Ergänzender beruflicher Sekundarunterricht .....	880,- F
Hochschul- und Universitätsunterricht .....	3.096,- F

§ 7. Die Beträge der Studienbeihilfe können nur auf ein Konto in Belgien überwiesen werden

Art. 5 - § 1. Wenn der Schüler oder Student ausschließlich selbst für seinen Unterhalt aufkommt, kann das zu berücksichtigende Einkommen auf sein Einkommen beschränkt werden, insofern er über ein Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügt hat, verfügt oder verfügen wird

1. entweder während des Kalenderjahres, das dem Jahr der Antragstellung vorausgeht, und während des Kalenderjahres der Antragstellung,

2. oder während des Kalenderjahres der Antragstellung und während des Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt.

Das so bezogene Einkommen darf nicht niedriger sein als 165.000,- F für jedes Bezugsjahr.

Ferner muß der Schüler oder Student während der in Betracht gezogenen Referenzjahre bei der Gemeindeverwaltung als Alleinstehender oder als Haushaltsvorstand eingetragen sein.

§ 2. Die unter Paragraph 1 angegebenen Bedingungen sind nicht anwendbar:

1. auf einen Vollwaisen;

2. auf einen Schüler oder Studenten, dessen überlebendes Elternteil oder dessen Eltern die elterliche Gewalt verwirkt haben;

3. auf einen Schüler oder Studenten, der trotz seiner Volljährigkeit noch ganz oder teilweise zu Lasten eines öffentlichen Sozialhilfeszentrums, eines Jugendschutzausschusses oder eines Jugendgerichts geht;

4. auf einen Schüler oder Studenten, der in Belgien als politischer Flüchtling anerkannt ist;

5. auf einen Schüler oder Studenten, der infolge der Scheidung seiner Eltern alleine für seinen Unterhalt aufkommen muß.

In diesen Fällen muß der Schüler oder Student oder sein gesetzlicher Vertreter, falls er minderjährig ist, dem Antrag auf Studienbeihilfe eine schriftliche Erklärung mit beglaubigter Unterschrift beifügen. Hierin muß er auf Ehre und Gewissen bestätigen, daß während des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres niemand ganz oder teilweise für seinen Unterhalt aufkommt.

§ 3. Der (die) Ehegatte(gattin) kann als Person betrachtet werden, die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkommt, insofern die Ehe vor dem ersten November des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres geschlossen wurde.

Das in Betracht gezogene Einkommen kann auf das Einkommen des (der) Ehegatten(-in) beschränkt werden, wenn er oder sie über ein Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügt hat, verfügt oder verfügen wird

1. entweder während des Kalenderjahres, das dem Jahr der Antragstellung vorausgeht, und während des Kalenderjahres der Antragstellung;

2. oder während des Kalenderjahres der Antragstellung und während des Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt.

Das so bezogene Einkommen darf nicht niedriger sein als 165.000,- F für jedes Bezugsjahr.

§ 4. In Abweichung von Artikel 2, § 3, des vorliegenden Erlasses wird für die Berechnung der Studienbeihilfen berücksichtigt:

1. für die in § 1 und § 3 des Artikels 5 vorgesehenen Fälle, das Einkommen des Kalenderjahres, im Laufe dessen das Schuljahr oder akademische Jahr beginnt;

2. für die in § 2 des Artikels 5 vorgesehenen Fälle, das Einkommen des Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt;

Art. 6 - § 1. Für den Sekundar-, Universitäts- und Hochschulunterricht kann im Interesse des Schülers in Abweichung von Artikel 2, § 3, das Einkommen berücksichtigt werden, wie es in den folgenden Absätzen beschrieben wird:

1. Wenn sich das Einkommen der Person(en), die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkomm(t)en, durch Todesfall, Pensionierung, Scheidung oder tatsächliche Trennung seit mindestens einem Jahr vor dem 31. Oktober des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres verringert hat, wird das Einkommen des Kalenderjahres, in dessen Verlauf das betreffende Schuljahr begonnen hat, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

Dieser neuen Situation kann nur dann Rechnung getragen werden, wenn sie im Laufe des normalerweise zu berücksichtigenden Kalenderjahres oder später, spätestens jedoch am 1. März des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres eingetreten ist;

2. Wenn sich das Einkommen der Person(en), die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkomm(t)en, infolge des unfreiwilligen Verlustes der Hauptarbeitsstelle oder infolge der Einstellung jeder gewinnbringenden Tätigkeit verringert hat, wird das Einkommen des Kalenderjahres, in dessen Verlauf das betreffende Schuljahr oder akademische Jahr beginnt, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

Diese Hauptarbeitsstelle oder diese Tätigkeit muß am 1. Januar vor dem in Betracht gezogenen Schuljahr oder akademischen Jahr während mindestens zwei Kalenderjahre ausgeübt worden sein.

Dieser neuen Situation kann jedoch nur unter der Bedingung Rechnung getragen werden, daß sie im Laufe des normalerweise zu berücksichtigenden Kalenderjahres oder später, spätestens jedoch am 1. März des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres eingetreten ist;

3. Wenn sich das Einkommen der Person(en), die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkomm(t)en, infolge einer Arbeitslosigkeits- oder Krankheitsperiode verringert hat, während der eine Arbeitslosenunterstützung oder Krankengeld über mindestens dreißig Tage gezahlt worden ist, wird das Einkommen des Kalenderjahres, in dessen Verlauf das betreffende Schuljahr oder akademische Jahr beginnt, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

Dieser neuen Situation kann jedoch nur unter der Bedingung Rechnung getragen werden, daß sie im Laufe des normalerweise zu berücksichtigenden Kalenderjahres oder später, spätestens jedoch am 1. März des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres eingetreten ist;

§ 2. Für den Universitäts- oder Hochschulunterricht gilt in Abweichung von Artikel 2, § 3, folgende Bestimmung:

Das Einkommen des Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden akademischen Jahres folgt, wird als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen, wenn der Student alle nachstehenden Bedingungen erfüllt:

- an dem für die Eingabe des Antrags auf Studienbeihilfe festgesetzten Datum mindestens 25 Jahre alt sein;
- mindestens während der zwei Kalenderjahre, die dem Beginn seines Studiums vorausgehen, über ein Nettoberufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügen, das zumindest 165.000,- F beträgt und während dieser Periode und des ganzen Studiums bei der Gemeindeverwaltung als Alleinstehender oder als Haushaltsvorstand eingetragen sein;
- sich verpflichten, seine beruflichen Tätigkeiten für die gesamte Dauer des Studiums nicht fortzusetzen oder wieder aufzunehmen;
- ehrenwörtlich erklären, daß niemand ganz oder teilweise für seinen Unterhalt aufkommt.

Art. 7 - 1. In Anwendung von Artikel 5 und 6 kann zunächst eine vorläufige Beihilfe gewährt werden. Es ist eine Pauschale, die sich pro Schuljahr oder akademisches Jahr auf folgende Summe beläuft:

- 4.600,- Franken für die Sekundarschüler, einschließlich des ergänzenden beruflichen Sekundarunterrichts, die extern sind;
- 9.200,- Franken für die Sekundarschüler, einschließlich des ergänzenden beruflichen Sekundarunterrichts, die intern sind;
- 30.000,- Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die ihren Wohnsitz höchstens 10 Km von der besuchten Unterrichtsanstalt haben;
- 40.000,- Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die ihren Wohnsitz mehr als 10 Km von der besuchten Unterrichtsanstalt haben;
- 50.000,- Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die in einem Internat, in einem Studentenwohnheim oder in einer Mictwohnung leben.

2. Der endgültige Betrag wird festgelegt, sobald das Einkommen des (der) als Bezugsjahr(e) dienenden Jahres (Jahre) von der Verwaltung der direkten Steuern überprüft worden ist.

3. Es wird keine vorläufige Beihilfe gewährt, wenn das Einkommen des Kalenderjahres, wie es in Artikel 2, § 2 und 3, des vorliegenden Erlasses vorgesehen wird, höher als 150 % des zulässigen Höchstbetrages ist.

Art. 8 - Die Höhe des Einkommens wird mittels Aufstellungen der Verwaltung der direkten Steuern festgelegt.

Falls das Einkommen, das für die Berechnung der Studienbeihilfen zugrunde gelegt wird, unter dem vom zuständigen Ministerium festgelegten Mindesteinkommen liegt, wird dieses Mindesteinkommen als Berechnungsgrundlage herangezogen, außer in den Fällen, die in Artikel 5 und Artikel 6 angeführt werden.

Als Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen gilt für die Anwendung dieses Erlasses der Betrag der Berufseinkommen nach Abzug der Berufsausgaben oder -lasten.

Die nicht in Belgien versteuerten Einkommen werden in Betracht gezogen.

Art. 9 - Die in Artikel 2, § 2, Artikel 4, § 3, und Artikel 4, § 6, festgelegten Beträge sind gültig ab dem Schuljahr 1995-1996 und können angepaßt werden, nachdem die Regierung das Gutachten des Rates für Studienbeihilfen eingeholt hat.

Art. 10 - Die Erlasse der Exekutive vom 18. Oktober 1990, 10. März 1991, 3. Januar 1992 und 17. Februar 1993 werden für die Anträge, die ab dem Schuljahr oder akademischen Jahr 1995-1996 gestellt werden, aufgehoben.

Art. 11 - Der Minister, in dessen Zuständigkeitsbereich der Unterricht liegt, wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Art. 12 - Der vorliegende Erlaß ist zum ersten Mal anwendbar auf die Anträge, die ab dem Schuljahr oder akademischen Jahr 1995-1996 gestellt werden.

Eupen, den 27. September 1995

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung Denkmäler und Landschaften

W. SCHRÖDER

TRADUCTION

F. 97 — 26

[C - 96/33111]

27 SEPTEMBRE 1995. — Arrêté du Gouvernement concernant le droit aux allocations d'études et leur montant

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993 et 30 décembre 1993;

Vu le décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, notamment les articles 1 et 18;

Vu l'avis du Conseil des allocations d'études donné le 5 juillet 1995;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances du 17 août 1995;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant la nécessité urgente d'établir aussi rapidement que possible en début d'année les modalités pour l'octroi des allocations d'études;

Sur la proposition du Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites, et après délibération du Gouvernement du 27 septembre 1995,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du décret du 26 juin 1986 précité, il est considéré que chaque année d'études dans l'enseignement secondaire ou dans l'enseignement supérieur est d'un niveau inférieur à celui de l'année d'études suivante du même cycle.

L'enseignement universitaire et l'enseignement supérieur de type long ont un niveau supérieur aux autres formes de l'enseignement supérieur.

Des études ou une année de spécialisation ne sont pas considérées au sens propre du décret comme des études ou comme une année d'études de niveau supérieur aux études universitaires ou supérieures précédemment accomplies.

**Art. 2. § 1er.** Le revenu globalement imposable du ménage de l'élève ou de l'étudiant, majoré du revenu distinctement imposable, et le revenu correspondant de la (les) personne(s) qui a (ont) la charge de l'entretien de l'élève ou de l'étudiant ou qui y pourvoit(en)t, ne peut dépasser les maxima indiqués au § 2.

En cas de décès de la personne qui a la charge de l'entretien de l'élève ou de l'étudiant ou qui y pourvoit, le paiement éventuel du capital d'assurance vie n'est pas pris en compte lors du calcul du revenu distinctement imposable de cette personne.

§ 2. Pour l'enseignement secondaire, y compris l'enseignement secondaire professionnel complémentaire, les maxima sont les suivants :

294.200,- F lorsque l'élève pourvoit seul à son entretien;

504.300,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement une personne à charge;

672.400,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement deux personnes à charge;

830.000,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement trois personnes à charge;

977.100,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement quatre personnes à charge;

Ce montant est majoré de 136.600,- F pour chaque personne supplémentaire fiscalement à charge.

Pour l'enseignement universitaire et supérieur, les maxima sont les suivants :

343.000,- F lorsque l'élève pourvoit seul à son entretien;

557.400,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement une personne à charge;

728.800,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement deux personnes à charge;

889.600,- F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement trois personnes à charge;

1.039.500,- lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement quatre personnes à charge;

Ce montant est majoré de 139.400,- F pour chaque personne supplémentaire fiscalement à charge.

§ 3. Hormis dans les cas prévus aux articles 5 et 6 ci-après, le revenu visé à l'article 2, § 2 du présent arrêté correspond à celui de l'avant-dernière année civile précédant le début de l'année scolaire ou académique envisagée. Au cas où ce revenu n'est pas connu avant l'expiration du délai fixé pour l'introduction de la demande, on prend en considération le revenu de l'antépénultième année civile.

**Art. 3.** Lorsque plusieurs membres d'une famille poursuivent des études supérieures ou universitaires, chaque étudiant compte alors pour deux personnes, à l'exception du demandeur.

**Art. 4. § 1er.** Sans préjudice des dispositions des articles 5 et 6 de cet arrêté, le montant annuel des allocations d'études pour un élève de l'enseignement secondaire ou un étudiant de l'enseignement universitaire et/ou supérieur équivaut au résultat d'une multiplication dont le multiplicande est un forfait exprimé en francs à l'article 4, § 6 et dont le multiplicateur est un nombre de points. Ce résultat est arrondi pour l'enseignement secondaire à la cinquantaine supérieure et pour l'enseignement supérieur et/ou universitaire à la centaine inférieure.

§ 2. Ce nombre de points figure aux tableaux des paragraphes 4 et 5 ci-dessous et dépend des paramètres suivants :

1° des classes de revenus des personnes visées à l'article 2, § 2, où les répartitions et les plafonds devant être relevés dans tableau du § 3 ci-dessous en tenant compte des personnes qui, aux articles 2 et 3, sont considérées comme fiscalement à charge;

2° du lieu où l'élève ou l'étudiant est domicilié;

3° du fait que l'étudiant reçoit ou non des allocations familiales ou d'orphelin;

§ 3. Il y a 5 classes de revenus numérotées de I à V :

1° Pour l'enseignement secondaire, y compris l'enseignement secondaire professionnel complémentaire :

Revenu annuel

Personnes à charge	I	II	III	IV	V
0	294.200,-	235.360,-	176.520,-	117.680,-	58.840,-
1	504.300,-	403.440,-	302.580,-	201.720,-	100.860,-
2	672.400,-	537.920,-	403.440,-	268.960,-	134.480,-
3	830.000,-	664.000,-	498.000,-	332.000,-	166.000,-
4	977.100,-	781.680,-	586.260,-	390.840,-	195.420,-
5 et plus	+ 136.600,-	+ 109.280,-	+ 81.960,-	+ 54.640,-	+ 27.320,-

## 2. Pour l'enseignement universitaire et/ou supérieur :

Personnes à charge	Revenu annuel				
	I	II	III	IV	V
0	343.000,-	274.400,-	205.800,-	137.200,-	68.600,-
1	557.400,-	445.920,-	334.440,-	222.960,-	111.480,-
2	728.800,-	583.040,-	437.280,-	291.520,-	145.760,-
3	889.600,-	709.280,-	531.960,-	354.640,-	177.320,-
4	1.039.500,-	831.600,-	623.700,-	415.800,-	207.900,-
5 et plus	+ 139.400,-	+ 111.520,-	+ 83.640,-	+ 55.760,-	+ 27.880,-

§ 4. En ce qui concerne l'enseignement secondaire, la lettre A désigne l'élève qui ne vit pas en internat; la lettre B désigne l'élève qui vit en internat ou paie la location d'une chambre, la lettre D l'orphelin de père et de mère qui fiscalement n'est à charge de personne.

## Catégorie. — Nombre de points

	I	II	III	IV	V
A	5	7	9	10	12
B	15	21	27	30	36
D	60				

§ 5. Dans le tableau de points ci-dessous concernant l'enseignement universitaire et supérieur, les lettres majuscules ont les significations suivantes :

- La lettre A désigne l'étudiant ayant son domicile soit dans la commune dans laquelle se trouve l'université ou l'école supérieure qu'il fréquente, soit dans une commune située à une distance de 10 km au plus.
- La lettre B désigne l'étudiant qui ne se trouve pas dans le cas de figure A et qui doit quotidiennement effectuer des trajets jusqu'à l'établissement d'enseignement.
- La lettre C désigne l'étudiant qui loge dans un internat, un foyer pour étudiants ou dans une habitation prise en location et qui paie un loyer.
- La lettre F désigne l'étudiant qui perçoit des allocations familiales ou d'orphelin; la lettre K concerne celui qui n'obtient pas ces allocations.
- La lettre D désigne l'orphelin de père et de mère qui n'est fiscalement à la charge de personne.

## Catégorie. — Nombre de points

		I	II	III	IV	V
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 6. Le montant forfaitaire est établi comme suit selon le cycle d'enseignement :

Enseignement secondaire - cycle inférieur : .....	415,- F
Enseignement secondaire - cycle supérieur : .....	769,- F
Enseignement secondaire - professionnel complémentaire : .....	880,- F
Enseignement supérieur et universitaire : .....	3.096,- F

§ 7. Les montants de l'allocation d'études ne peuvent être versés que sur un compte en Belgique.

Art. 5. § 1er. Lorsque l'élève ou l'étudiant pourvoit seul à son entretien, les revenus à prendre en considération peuvent se limiter à ses revenus propres, pour autant qu'il a disposé, dispose ou disposera de revenus professionnels et/ou de revenus de remplacement :

- 1° soit pendant l'année civile précédant l'année de la demande et pendant l'année civile de la demande;
- 2° soit pendant l'année civile de la demande et pendant l'année civile suivant le début de l'année scolaire ou académique en question.

Le revenu ainsi perçu ne peut être inférieur à 165.000 F pour chaque année de référence.

De plus, l'élève ou l'étudiant doit être inscrit auprès de l'administration communale comme isolé ou comme chef de ménage pour les années de référence considérées.

§ 2. Les conditions émises au paragraphe 1 ne sont pas d'application lorsqu'il s'agit :

- 1° d'un orphelin de père et de mère;
- 2° d'un élève ou d'un étudiant dont le parent survivant ou les parents est (sont) déchu(s) de la puissance parentale;

3° d'un élève ou d'un étudiant qui malgré sa majorité est encore complètement ou partiellement à charge d'un centre public d'aide sociale, d'un comité de protection de la jeunesse ou d'un tribunal de la jeunesse;

4° d'un élève ou d'un étudiant reconnu en Belgique comme réfugié politique;

5° d'un élève ou un étudiant qui, à la suite du divorce de ses parents, doit pourvoir seul à son entretien.

Dans ces cas, l'élève ou l'étudiant ou, s'il est mineur, son représentant légal doit joindre à la demande d'allocations d'études une déclaration écrite avec signature certifiée conforme, attestant sur l'honneur que durant l'année scolaire ou académique envisagée, personne ne pourvoira en tout ou en partie à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant.

§ 3. Le (la) conjoint(e) peut être considéré(e) comme personne pourvoyant à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant, pour autant que le mariage ait été conclu avant le premier novembre de l'année scolaire ou académique envisagée.

Le revenu pris en compte peut être limité au revenu du (de la) conjoint(e) s'il (elle) a disposé, dispose ou disposera d'un revenu professionnel et/ou d'un revenu de remplacement:

1° soit durant l'année civile qui précède l'année de la demande et durant l'année civile de la demande;

2° ou durant l'année civile de la demande et durant l'année l'année civile qui suit le début de l'année scolaire ou de l'année académique en question.

Le revenu ainsi perçu ne peut être inférieur à 165.000 F pour chaque année de référence.

§ 4. Par dérogation à l'article 2, § 3, du présent arrêté, on tient compte pour le calcul des allocations d'études :

1° des revenus de l'année civile au cours de laquelle débute l'année scolaire ou académique, pour les cas prévus au §§ 1 et 3 de l'article 5;

2° des revenus de l'année civile qui suit le début de l'année scolaire ou académique concernée, pour les cas prévus au § 2 de l'article 5.

Art. 6. § 1er. Dans l'intérêt de l'élève et par dérogation à l'article 2, § 3, on peut - en ce qui concerne l'enseignement secondaire, universitaire et supérieur - tenir compte du revenu tel qu'il est décrit dans les alinéas suivants :

1° Lorsque le revenu de la ou des personne(s) qui pourvoit(en)t à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant est diminué en raison du décès, de la pension, du divorce ou de la séparation de fait depuis un an au moins au 31 octobre de l'année scolaire ou académique envisagée, c'est le revenu de l'année civile au cours de laquelle débute l'année scolaire prise en considération qui servira de revenu de référence pour la fixation définitive de l'allocation.

Il ne peut être tenu compte de cette nouvelle situation que si elle est apparue au cours de l'année civile à prendre normalement en considération ou ultérieurement mais au plus tard au 1er mars de l'année scolaire ou académique envisagée.

2° Lorsque le revenu de la ou des personne(s) qui pourvoit(en)t à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant est diminué à la suite de la perte involontaire de l'emploi principal ou de la cessation de toute activité lucrative, c'est le revenu de l'année civile au cours de laquelle débute l'année scolaire ou académique envisagée qui servira de revenu de référence pour la fixation définitive de l'allocation.

Cet emploi principal ou cette activité doivent avoir été exercés pendant au moins deux années civiles au 1er janvier précédant l'année scolaire ou académique prise en considération.

Il ne peut toutefois être tenu compte de cette nouvelle situation que si elle apparaît au cours de l'année civile à prendre normalement en considération ou ultérieurement, mais au plus tard le 1er mars de l'année scolaire ou académique envisagée.

3° Lorsque le revenu de la ou des personne(s) qui pourvoit(en)t à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant est diminué à la suite d'une période de chômage ou de maladie pour laquelle une indemnité de chômage ou une indemnité pécuniaire de maladie a été octroyée pendant trente jours au moins, c'est le revenu de l'année civile pendant laquelle débute l'année scolaire ou académique envisagée qui servira de revenu de référence pour la fixation définitive de l'allocation.

Il ne peut toutefois être tenu compte de cette nouvelle situation que si elle apparaît au cours de l'année civile à prendre normalement en considération ou ultérieurement, mais au plus tard le 1er mars de l'année scolaire ou académique envisagée.

§ 2. La disposition suivante vaut, par dérogation à l'article 2, § 3, pour l'enseignement universitaire ou supérieur :

Le revenu de l'année civile suivant le début de l'année académique envisagée servira de revenu de référence pour la fixation définitive de l'allocation lorsque l'étudiant remplit toutes les conditions suivantes :

- être âgé d'au moins 25 ans à la date fixée pour l'introduction de la demande d'allocations d'études;
- avoir disposé au moins durant les deux années civiles précédant le début de ses études d'un revenu professionnel net et/ou d'un revenu de remplacement au moins égal à 165.000 F et, pendant cette période et toutes les études, être inscrit auprès de l'administration communale comme isolé ou chef de ménage;
- s'engager à ne pas poursuivre ou ne pas reprendre ses activités professionnelles pendant toute la durée des études;
- déclarer sur l'honneur que personne ne pourvoit, en tout ou en partie, à son entretien.

Art. 7. 1° Une allocation provisoire peut, en application des articles 5 et 6, être attribuée dans un premier temps. Il s'agit d'un forfait qui, par année scolaire ou académique s'élève à :

- 4.600,- F pour des élèves externes du secondaire, y compris l'enseignement secondaire professionnel complémentaire;

- 9.200,- F pour les élèves internes du secondaire, y compris l'enseignement secondaire professionnel complémentaire;

- 30.000,- F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire dont le domicile est situé à 10 km au plus de l'établissement d'enseignement fréquenté;

- 40.000,- F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire dont le domicile est situé à plus de 10 km de l'établissement d'enseignement fréquenté;

- 50.000,- F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire qui vivent dans un internat, un foyer pour étudiants ou dans une habitation prise en location.

2° Le montant définitif sera fixé dès que les revenus de l'année ou des années servant de référence auront été vérifiés par l'administration des contributions directes;

3° Aucune allocation provisoire n'est octroyée lorsque les revenus de l'année civile tels que prévus aux articles 2, § 2 et 3 du présent arrêté, sont supérieurs à 150 % du plafond admissible.

Art. 8. Le montant des revenus est établi grâce aux relevés de l'administration des contributions directes.

Lorsque le revenu qui sert de base au calcul des allocations d'études est inférieur au revenu minimal fixé par le Ministère compétent, ce revenu minimal servira de base de calcul, excepté dans les cas mentionnés aux articles 5 et 6.

Est considéré comme revenu professionnel ou de remplacement pour l'application de cet arrêté, le montant des revenus professionnels après déduction des dépenses ou charges professionnelles.

Les revenus non imposés en Belgique sont pris en compte.

**Art. 9.** Les montants fixés à l'article 2, § 2, article 4, § 3 et article 4, § 6, sont valables à partir de l'année scolaire 1995-1996 et peuvent être ajustés après que le Gouvernement a demandé l'avis du Conseil des allocations d'études.

**Art. 10.** Les arrêtés de l'Exécutif des 18 octobre 1990, 10 mars 1991, 3 janvier 1992 et 17 février 1993 sont abrogés pour les demandes introduites à partir de l'année scolaire ou académique 1995-1996.

**Art. 11.** Le Ministre qui a l'Enseignement dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

**Art. 12.** Le présent arrêté est applicable pour la première fois aux demandes qui sont introduites à partir de l'année scolaire ou académique 1995-1996.

Eupen, le 27 septembre 1995.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président

I. MAKATTE

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

W. SCHRÖDER

#### VERTALING

[C - 96/33111]

N. 97 — 26

#### 27 SEPTEMBER 1995. — Besluit van de Regering over het recht op studietoelagen en het bedrag ervan

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993 en 30 december 1993;

Gelet op het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen, inzonderheid op de artikelen 1 en 18;

Gelet op het op 5 juli 1995 gegeven advies van de Raad voor studietoelagen;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën van 17 augustus 1995;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het dringend noodzakelijk is, bij het begin van het schooljaar de modaliteiten voor de toekenning van studietoelagen zo snel mogelijk vast te leggen;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen, en na de beraadslaging van de Regering op 27 september 1995,

Besluit :

**Artikel 1.** Voor de toepassing van het bovengenoemde decreet van 26 juni 1986 geldt dat elk studiejaar in het secundair onderwijs of in het hoger onderwijs onder het niveau ligt van het daaropvolgende studiejaar van hetzelfde cyclus.

Het universitair onderwijs en het hoger onderwijs van het lange type hebben een hoger niveau dan de andere vormen van het hoger onderwijs.

In de zin van het decreet wordt een specialisatiestudie of -jaar niet als een studie of studiejaar van hoger niveau beschouwd dan de reeds doorlopen studie in een universiteit of in een hogeschool.

**Art. 2. § 1.** Het globaal belastbaar inkomen van het gezin van de leerling of student, rekening houdend met het afzonderlijk belastbaar inkomen, en het gelijkaardig inkomen van de persoon die met het onderhoud van de leerling of student belast is of erin voorziet, mogen de in § 2 vermelde maximumbedragen niet overschrijden.

Bij overleden van de persoon die met het onderhoud van de leerling of student belast is of erin voorziet, wordt de eventuele uitbetaling van het kapitaal van een levensverzekering niet in aanmerking genomen bij de berekening van het afzonderlijk belastbaar inkomen van die persoon.

§ 2. Voor het secundair onderwijs - het supplementair secundair beroepsonderwijs inbegrepen - gelden de volgende maximumbedragen :

294.200,- F als de leerling alleen in zijn onderhoud voorziet;

504.300,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet een persoon fiscaal ten laste heeft;

672.400,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet twee personen fiscaal ten laste heeft;

830.000,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet drie personen fiscaal ten laste heeft;

977.100,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet vier personen fiscaal ten laste heeft;

Dit bedrag wordt met 136.600,- F verhoogd voor elke bijkomende persoon fiscaal ten laste.

Voor het universitair en hoger onderwijs gelden de volgende maximumbedragen :

343.000,- F als de student alleen in zijn onderhoud voorziet;

557.400,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet een persoon fiscaal ten laste heeft;

728.800,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet twee personen fiscaal ten laste heeft;

889.600,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet drie personen fiscaal ten laste heeft;

1.039.500,- F als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet vier personen fiscaal ten laste heeft;

Dit bedrag wordt met 139.400,- F verhoogd voor elke bijkomende persoon fiscaal ten laste.



§ 3. Behalve voor de gevallen die in de hierna vermelde artikelen 5 en 6 bedoeld zijn, stemt het in artikel 2, § 2 van dit besluit vermelde inkomen overeen met het inkomen van het voorlaatste kalenderjaar, dat het begin van het betrokken school- of academiejaar voorafgaat. Indien dit inkomen vóór het verstrijken van de termijn voor het indienen van de aanvraag niet bekend is, dan geldt het inkomen van het op twee na laatste kalenderjaar.

Art. 3. Wanneer meerdere leden van een gezin een onderwijs in een universiteit of een hogeschool volgen, dan telt elke student voor twee personen - met uitzondering van de aanvrager.

Art. 4. § 1. Onverminderd de bepalingen van de artikelen 5 en 6 van dit besluit stemt het jaarlijks bedrag van de studietoelage voor een leerling van het secundair onderwijs of student van een universiteit of hogeschool overeen met het resultaat van een vermenigvuldiging waarvan het vermenigvuldigtal een forfait is dat in artikel 4, § 6 in frank uitgedrukt is en waarvan de vermenigvuldiger een puntental is. Dit resultaat wordt op het hogere vijftigtal afgerond voor het secundair onderwijs en op het lagere honderdtal afgerond voor het onderwijs in een universiteit of hogeschool.

§ 2. Het puntental kan uit de tabellen van de hierna vermelde paragrafen 4 en 5 afgelezen worden en hangt van de volgende parameters af :

1° de inkomensklassen van de in artikel 2, § 2 bedoelde personen, waarbij de indelingen en maxima in de tabel van § 3 afgelezen kunnen worden rekening houdend met de personen die in de artikelen 2 en 3 als personen fiscaal ten laste beschouwd zijn;

2° de ligging van de woonplaats van de leerling of student;

3° het feit dat de student kinderbijslagen of wezenuitkeringen krijgt of niet.

§ 3. Er zijn vijf inkomensklassen die van I tot V genummerd zijn.

1° Voor het secundair onderwijs, het supplementair secundair beroepsonderwijs inbegrepen :

Personen ten laste	Jaarinkomen				
	I	II	III	IV	V
0	294.200,-	235.360,-	176.520,-	117.680,-	58.840,-
1	504.300,-	403.440,-	302.580,-	201.720,-	100.860,-
2	672.400,-	537.920,-	403.440,-	268.960,-	134.480,-
3	830.000,-	664.000,-	498.000,-	332.000,-	166.000,-
4	977.100,-	781.680,-	586.260,-	390.840,-	195.420,-
5 en meer	+ 136.600,-	+ 109.280,-	+ 81.960,-	+ 54.640,-	+ 27.320,-

2. Voor het universitair en hoger onderwijs :

Personen ten laste	Jaarinkomen				
	I	II	III	IV	V
0	343.000,-	274.400,-	205.800,-	137.200,-	68.600,-
1	557.400,-	445.920,-	334.440,-	222.960,-	111.480,-
2	728.800,-	583.040,-	437.280,-	291.520,-	145.760,-
3	889.600,-	709.280,-	531.960,-	354.640,-	177.320,-
4	1.039.500,-	831.600,-	623.700,-	415.800,-	207.900,-
5 en meer	+ 139.400,-	+ 111.520,-	+ 83.640,-	+ 55.760,-	+ 27.880,-

§ 4. Voor het secundair onderwijs wordt met de hoofdletter A de leerling bedoeld die niet in een internaat leeft; met B de leerling die in een internaat leeft of voor een kamer een huurprijs betaalt; met D de volle wees die fiscaal voor niemand een persoon ten laste is.

	Categorie. — Puntental				
	I	II	III	IV	V
A	5	7	9	10	12
B	15	21	27	30	36
D	60				

§ 5. In de volgende puntentabel voor het universitair en hoger onderwijs hebben de hoofdletters de volgende betekenis :

Met de letter A wordt de student bedoeld die zijn woonplaats ofwel in de gemeente heeft, waarin de universiteit of hogeschool die hij bezoekt ligt, ofwel in een gemeente op een maximale afstand van 10 km.

Met de letter B wordt de student bedoeld die zich niet in het onder A vermeld geval bevindt en die iedere dag de afstand tot de onderwijsinrichting aflegt.

Met de letter C wordt de student bedoeld die in een internaat, een studententehuis of in een huurhuis leeft en een huurprijs betaalt.

Met de letter F wordt de student bedoeld die een kinderbijslag of een wezenuitkering krijgt; met de letter K degene die deze toelage niet krijgt.

Met de letter D wordt de volle wees bedoeld, die fiscaal voor niemand een persoon ten laste is.

Categorie. — Puntental

		I	II	III	IV	V
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 6. Het forfaitair bedrag wordt naargelang het onderwijscyclus als volgt vastgesteld :

Secundair onderwijs : lagere cyclus : .....	415 F
Secundair onderwijs : hogere cyclus : .....	769 F
Supplementair secundair beroepsonderwijs : .....	880 F
Hogeschool en universiteit : .....	3.096 F

§ 7. De bedragen van de studietoelage mogen slechts op een rekening in België worden gestort.

Art. 5. § 1. Indien de leerling of student uitsluitend zelf in zijn onderhoud voorziet, kan het in aanmerking genomen inkomen tot zijn eigen inkomen beperkt worden, voorzover hij over een beroepsinkomen en/of vervangingsinkomen beschikt heeft, beschikt of beschikken zal :

1° ofwel tijdens het kalenderjaar dat het jaar van de aanvraag voorafgaat en tijdens het kalenderjaar van de aanvraag;

2° ofwel tijdens het kalenderjaar van de aanvraag en tijdens het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken school- of academiejaar.

Het verkregen inkomen mag niet lager zijn dan 165.000 F voor elk referentiejaar.

Bovendien moet de leerling of student voor de in aanmerking komende referentiejaar, als alleenstaande of gezinshoofd ingeschreven zijn bij het gemeentelijk bestuur.

§ 2. De onder § 1 vermelde voorwaarden zijn niet van toepassing op :

1° een volle wees;

2° een leerling of student wiens overlevende ouder of wiens ouders uit zijn (hun) ouderlijke macht is (zijn) ontzet;

3° een leerling of student die ondanks zijn meerderjarigheid nog totaal of gedeeltelijk ten laste van een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, van een jeugdbeschermingscomité of van een jeugdrechtsbank is;

4° een leerling of student die in België als politieke vluchteling erkend is;

5° een leerling of student die na de echtscheiding van zijn ouders alleen in zijn onderhoud voorzien moet.

In die gevallen moet de leerling of student of, als hij minderjarig is, zijn wettelijke vertegenwoordiger een schriftelijke verklaring met voor eensluidend gewaarmerkte handtekening bij de aanvraag om studietoelage toevoegen. Erin moet hij naar eer en geweten bevestigen dat tijdens het betrokken school- of academiejaar niemand noch geheel, noch gedeeltelijk zal voorzien in het onderhoud van de leerling of student.

§ 3. De echtgeno(o)t(e) kan beschouwd worden als de persoon die in het onderhoud van de leerling of student voorziet, voor zover het huwelijk vóór 1 november van het betrokken school- of academiejaar werd aangegaan.

Het in aanmerking genomen inkomen kan tot het inkomen van de echtgeno(o)t(e) beperkt worden, indien hij (ze) over een beroepsinkomen of over een vervangingsinkomen beschikt heeft, beschikt of zal beschikken :

1° ofwel tijdens het kalenderjaar dat het jaar van de aanvraag voorafgaat en tijdens het kalenderjaar zelf van de aanvraag;

2° ofwel tijdens het kalenderjaar van de aanvraag en tijdens het kalenderjaar dat op het begin van het betrokken school- of academiejaar volgt.

Het verkregen inkomen mag niet lager zijn dan 165.000 F voor elk referentiejaar.

§ 4. In afwijking van artikel 2, § 3, van dit besluit wordt voor de berekening van de studietoelagen rekening gehouden met :

1° het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint, wat de gevallen bedoeld in §§ 1 en 3 van artikel 5 betreft;

2° het inkomen van het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken school- of academiejaar, wat de gevallen bedoeld in § 2 van artikel 5 betreft.

Art. 6. § 1. In afwijking van artikel 2, § 3, kan er voor het secundair, universitair en hoger onderwijs in het belang van de leerling rekening worden gehouden met het inkomen zoals het in de volgende leden beschreven wordt :

1° Wanneer het inkomen van de persoon of de personen die in het onderhoud van de leerling of student voorziet (voorzien) verminderd is ingevolge het overlijden, de oppensioenstelling, de echtscheiding of de feitelijke scheiding sedert ten minste één jaar vóór 31 oktober van het betrokken school- of academiejaar zal het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint als referentieinkomen dienen voor de definitieve vaststelling van de studietoelage.

Met deze nieuwe toestand kan pas rekening worden gehouden, indien hij zich heeft voorgedaan gedurende het normaal in aanmerking te nemen kalenderjaar of later, maar uiterlijk op 1 maart van het betrokken school- of academiejaar.

2° Wanneer het inkomen van de persoon of de personen die in het onderhoud van de leerling of student voorziet (voorzien) verminderd is ingevolge het verlies van de hoofdbetrekking of het ophouden met elke winstgevendende activiteit zal het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint als referentieinkomen dienen voor de definitieve vaststelling van de studietoelage.

Deze hoofdbetrekking of deze activiteit moeten minstens gedurende twee kalenderjaren uitgeoefend zijn op de eerste januari die het betrokken school- of academiejaar voorafgaat.

Met deze nieuwe toestand kan pas rekening worden gehouden, indien hij zich heeft voorgedaan gedurende het normaal in aanmerking te nemen kalenderjaar of later, maar uiterlijk op 1 maart van het betrokken school- of academiejaar.

3° Wanneer het inkomen van de persoon of de personen die in het onderhoud van de leerling of student voorziet (voorzien) verminderd is ingevolge een periode van werkloosheid of van ziekte waarvoor een werkloosheidsuitkering of een uitkering wegens ziekte tijdens minstens dertig dagen werd toegekend, dan zal het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint, als referentieinkomen dienen voor de definitieve vaststelling van de studietoelage.

Met deze nieuwe toestand kan pas rekening worden gehouden, indien hij zich heeft voorgedaan gedurende het normaal in aanmerking te nemen kalenderjaar of later, maar uiterlijk op 1 maart van het betrokken school- of academiejaar

§ 2. In afwijking van artikel 2, § 3, is de volgende bepaling geldig voor het universitair of hoger onderwijs :

Het inkomen van het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken academiejaar zal als referentieinkomen dienen voor de definitieve vaststelling van de toelage, indien de student aan alle volgende voorwaarden voldoet :

- tenminste 25 jaar oud zijn op de datum vastgesteld voor het indienen van de aanvraag om studietoelage;
- tenminste tijdens de twee volle kalenderjaren die het begin van zijn studies voorafgaan over een netto beroepsinkomen en/of vervangingsinkomst beschikken, dat tenminste gelijk is aan 165.000 F en tijdens deze tijd en de hele duur van zijn studies, als alleenstaande of gezinshoofd ingeschreven zijn bij het gemeentelijk bestuur;
- de verbintenis aangaan zijn beroepsactiviteiten tijdens de hele duur van zijn studies niet voort te zetten of opnieuw uit te oefenen;
- naar eer en geweten verklaren dat niemand noch geheel, noch gedeeltelijk in zijn onderhoud voorziet.

Art. 7. 1° In toepassing van de artikelen 5 en 6 mag eerst een voorlopige toelage toegekend worden. Het is een forfait, dat bedraagt per school- of academiejaar :

- 4.600 F voor de externe leerlingen van het secundair onderwijs, het supplementair secundair beroepsonderwijs inbegrepen;
- 9.200 F voor de interne leerlingen van het secundair onderwijs, het supplementair secundair beroepsonderwijs inbegrepen;
- 30.000 F voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs wier woonplaats ten hoogste 10 km ver van de bezochte onderwijsinrichting ligt;
- 40.000 F voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs wier woonplaats meer dan 10 km ver van de bezochte onderwijsinrichting ligt;
- 50.000 F voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs die in een internaat of een studententehuis of in een huurhuis leven.

2° Het definitieve bedrag wordt vastgesteld zodra het inkomen van het jaar (de jaren) dienend als referentie door het bestuur van de rechtstreekse belastingen nagezien zijn;

3° Geen voorlopige toelage zal worden toegekend, indien het inkomen van het kalenderjaar, zoals bedoeld bij artikel 2, § 2 en 3 van dit besluit, hoger zijn dan 150 % van het toelaatbare maximumbedrag.

Art. 8. Het bedrag van het inkomen wordt vastgesteld op basis van de lijsten van het bestuur van de rechtstreekse belastingen.

Wanneer het inkomen dat als basis dient voor de berekening van de studietoelagen lager is dan het door het bevoegde Ministerie vastgelegde minimumbedrag, dan dient dit minimumbedrag als berekeningsbasis, behalve voor de gevallen bedoeld in de artikelen 5 en 6.

Onder beroepsinkomen en/of vervangingsinkomsten dient te worden verstaan, voor de toepassing van dit besluit, het bedrag van de beroepsinkomen na aftrek van de beroepsuitgaven of beroepslasten.

De niet in België belastbare inkomens worden in aanmerking genomen.

Art. 9. De bij artikel 2, § 2, artikel 4, § 3 en artikel 4, § 6 bepaalde bedragen zijn geldig vanaf het schooljaar 1995-1996 en mogen aangepast worden nadat de Regering het advies van de Raad voor studietoelagen ingewonnen heeft.

Art. 10. De besluiten van de Executieve van 18 oktober 1990, 10 maart 1991, 3 januari 1992 en 17 februari 1993 zijn opgeheven voor de aanvragen ingediend vanaf het school- of academiejaar 1995-1996.

Art. 11. De Minister tot wiens bevoegdheid het Onderwijs behoort is belast met de uitvoering van dit besluit.

Art. 12. Dit besluit is voor de eerste keer toepasselijk op de aanvragen ingediend vanaf het school- of academiejaar 1995-1996.

Eupen, 27 september 1995.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,  
J. MARAITE

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,  
W. SCHRÖDER

D. 97 — 27

[C - 96/33109]

27. SEPTEMBER 1995 — Erlaß der Regierung bezüglich der Gewährung einer Sonderstudienbeihilfe

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993 und 30. Dezember 1993;